

Inhaltsverzeichnis

Seite

Präsidium:

Richtlinie über das Verfahren und die Vergabe von Leistungsbezügen für Professorinnen und Professoren an der Universität Göttingen (ohne Universitätsmedizin)	1116
Stabsstelle Lehrentwicklung und Lehrqualität (SLL)	1124

Hochschulleitung:

Termine für das Wintersemester 2009/2010 und das Sommersemester 2010 für die Georg-August-Universität Göttingen (einschließlich Universitätsmedizin Göttingen)	1128
--	------

Senat:

Habilitationsordnung der Georg-August-Universität Göttingen	1129
Erste Änderung der Ordnung zur Bestellung zu Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren an der Georg-August-Universität	1154

Juristische Fakultät:

Erste Änderung der Ordnung des Instituts für Öffentliches Recht	1155
---	------

Universitätsmedizin:

Auflösung des Zentrums der Schulen für Fachberufe des Gesundheitswesens	1156
---	------

Biologische Fakultät:

Ordnung des Albrecht-von-Haller-Instituts für Pflanzenwissenschaften	1156
--	------

Präsidium:

Nach Befürwortung des Senats vom 11.06.2008 hat das Präsidium der Georg-August-Universität Göttingen am 16.07.2008 die Änderung der Richtlinie über das Verfahren und die Vergabe von Leistungsbezügen für Professorinnen und Professoren an der Universität Göttingen (ohne Universitätsmedizin) in der Fassung vom 06.10.2004 (Amtliche Mitteilungen Nr. 10/2004 S. 786) beschlossen (§ 7 Satz 1 der Niedersächsischen Verordnung über Leistungsbezüge sowie Forschungs- und Lehrzulagen für Hochschulbedienstete (Hochschul-Leistungsbezügeverordnung - NHLeistBVO -) in der Fassung der Veröffentlichung vom 20.12.2002 (Nds. GVBl. S. 790) in Verbindung mit § 37 Abs. 1 Satz 3 NHG in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.2007 (Nds. GVBl. S. 69), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 13.09.2007 (Nds. GVBl. S. 444)).

Die Neufassung der Richtlinie wird nachfolgend bekannt gemacht:

**Richtlinie über das Verfahren und die Vergabe von Leistungsbezügen für
Professorinnen und Professoren an der Universität Göttingen
(ohne Universitätsmedizin)**

Präambel

Das am 23.02.2002 in Kraft getretene Professorenbesoldungsreformgesetz regelt die Besoldung der Professorinnen und Professoren und Hochschulleiterinnen und Hochschulleiter sowie der hauptberuflichen Mitglieder von Leitungsgremien völlig neu. Das Konzept sieht eine Besoldung mit festem Grundgehalt und variablen Leistungsbezügen vor. Dabei wurde mit der neuen Besoldungsordnung W eine stärker leistungsorientierte Besoldung mit flexiblen Bezahlungsstrukturen geschaffen. Nach In-Kraft-Treten der Niedersächsischen Verordnung über Leistungsbezüge sowie Forschungs- und Lehrzulagen für Hochschulbedienstete zum 01.10.2003 ist für Niedersachsen die neue Professorenbesoldung zum 01.10.2003 in Kraft getreten.

Durch den Gesetzgeber wurden folgende Arten von variablen Leistungsbezügen definiert: Berufungs- und BleibeLeistungsbezüge, besondere Leistungsbezüge sowie Funktionsleistungsbezüge. Eine Vergabe dieser variablen Leistungsbezüge hat im Rahmen des sog. „Vergaberahmens“ zu erfolgen. Dadurch sollen die jährlichen Besoldungsausgaben für Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer auf Landesebene bzw. Universitätsebene grundsätzlich konstant gehalten (außerhalb linearer Steigerungen) und Spareingriffe durch Reduzierung der variablen Gehaltsbestandteile verhindert werden.

In Ausschöpfung der Gestaltungs-Spielräume, die das Professorenbesoldungsreformgesetz, das niedersächsische Besoldungsgesetz sowie die niedersächsischen Verordnung über Leistungsbezüge sowie Forschungs- und Lehrzulagen für Hochschulbedienstete einräumen, wurde die nachstehende Richtlinie über das Verfahren und die Vergabe von Leistungsbezügen für Professorinnen und Professoren an der Universität Göttingen (ohne Universitätsmedizin) geschaffen. Die Universität hat sich dabei folgende Prinzipien zu Eigen gemacht:

- Die Universität Göttingen wird von den neuen Gestaltungsmöglichkeiten uneingeschränkt Gebrauch machen und bestehende Spielräume nutzen.
- Durch die Vergabe von variablen Leistungsbezügen sollen neue Anreize geschaffen werden.
- Der Vergaberahmen soll regelmäßig ausgeschöpft werden.
- Durch die Neuregelungen soll es zu keiner Absenkung des bisherigen Besoldungsniveaus kommen.

Die neuen Vergabemöglichkeiten sollen unter Berücksichtigung der vorliegenden Richtlinie angewendet werden. Die Universitätsleitung ist bereit, auf Wunsch des Senats über die gemachten Erfahrungen zu berichten.

§ 1 Anwendungsbereich und Zielsetzung der Richtlinie

(1) ¹Diese Richtlinie ergeht aufgrund des § 7 der Niedersächsischen Verordnung über Leistungsbezüge sowie Forschungs- und Lehrzulagen für Hochschulbedienstete (Hochschul-Leistungsbezügeverordnung–NHLeistBVO-) i d. F. vom 16.12.2002. ²Sie regelt die Grundsätze des Verfahrens und der Vergabe von Leistungsbezügen nach der NHLeistBVO für beamtete Professorinnen und Professoren und Professorinnen und Professoren im Angestelltenverhältnis, die nach der Besoldungsordnung W besoldet werden.

(2) Bei dem in Abs. 1 genannten Professorinnen und Professoren handelt es sich um:

- a) Professorinnen und Professoren, die nach dem 30.09.2003 berufen oder ernannt werden,
- b) vorhandene Professorinnen und Professoren, die nach Bundesbesoldungsordnung C besoldet werden und entweder auf schriftlichen Antrag gegenüber dem Präsidium für eine Besoldung nach Bundesbesoldungsordnung W votieren oder aufgrund von Bleibvereinbarungen nach der Besoldungsordnung W besoldet werden.

(3) Die Gewährung von Funktionsleistungsbezügen für die hauptberuflichen Mitglieder des Universitätspräsidiums sowie für nebenberufliche Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten erfolgt durch den Stiftungsrat in eigener Zuständigkeit und ist nicht Gegenstand dieser Richtlinie.

§ 2 Kontingentierung

Für Leistungsbezüge für besondere Leistungen stehen mindestens 20 v. H. und höchstens 60 v. H. aus dem Vergaberahmen (§ 34 Bundesbesoldungsgesetz) zur Verfügung.

§ 3 Berufungs- und Bleibeleistungsbezüge

(1) Die Gewährung von Berufungs- und Bleibeleistungsbezügen gemäß § 2 a Abs. 2 NBesG erfolgt durch das Präsidium auf der Grundlage der hierzu ergangenen Regelungen des Bundesbesoldungsgesetzes, des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes sowie der NHLeistBVO.

(2) ¹Die Überschreitung des in § 33 Abs. 3 Satz 1 Bundesbesoldungsgesetz genannten Prozentsatzes des jeweiligen Grundgehaltes hinsichtlich der Ruhegehaltsfähigkeit der Berufungs- und Bleibeleistungsbezüge soll grundsätzlich nicht erfolgen. ²Zurzeit liegt der vom Hundertsatz gemäß § 33 Abs. 3 Satz 1 BBesG bei 40 v. H..

§ 4 Leistungsbezüge für besondere Leistungen

(1) Leistungsbezüge gemäß § 4 der NHLeistBVO können gewährt werden aufgrund besonderer Leistungen in der Forschung, der Lehre, der Weiterbildung und bei der Nachwuchsförderung.

(2) Als Entscheidungsgrundlage für die Anerkennung von besonderen Leistungen in der Forschung können insbesondere herangezogen werden:

- die interne und externe Evaluation der nachgewiesenen Forschungsleistungen, vor allem die Qualität der Publikationstätigkeit
- Durchführung von Forschungsprojekten, erfolgreicher Aufbau und Leitung wissenschaftlicher Einrichtungen (z. B. SFB, Graduiertenkolleg), die durch begutachtete Drittmittel finanziert oder gefördert werden
- herausragende Preise für Forschung
- die Herausgabe von wissenschaftlich anerkannten Publikationsorganen oder wissenschaftliche Redaktion von Fachzeitschriften
- Transferleistungen (z. B.: Ausgründungen, Verwertung eigener Patente, Wissenschaftstransfer in die Praxis, Industriekooperationen ohne Auftragsforschung, soweit hiermit keine Zulagen i. S. d. § 6 NHLeistBVO verbunden sind)
- Gutachtertätigkeiten von besonderem wissenschaftlichem Rang (z. B. DFG-Fachgutachter)
- Vortragstätigkeiten auf Einladung von wissenschaftlichen Organisationen und Einrichtungen

(3) Besondere Leistungen in der Lehre oder Nachwuchsförderung können insbesondere anerkannt werden durch:

- Ergebnisse der externen und internen Lehrevaluation i. S. v. § 5 NHG

- herausragende Preise und überregionale Auszeichnungen für Lehre
- Abfassung von Lehrbüchern, die hohe fachliche Anerkennung genießen
- besondere Leistungen über die Lehrverpflichtung hinaus (z. B. in interdisziplinären Studiengängen, die das Lehrprofil der Universität Göttingen verbessern), überdurchschnittliche Prüfungsbelastung
- herausragende Beiträge zur Nachwuchsförderung (z. B. Schaffung und Leitung von Promotionsstudiengängen, Graduiertenkollegs oder Graduiertenschulen)

(4)¹ Besondere Leistungen können auch nachgewiesen werden durch:

- Schärfung des Profils der jeweiligen Fakultät und/oder der Universität in der Fort- und Weiterbildung
- herausgehobene Funktionen in wissenschaftlichen Gesellschaften und wissenschaftlichen Organisationen
- Berufung in nationale oder internationale Beratungs- oder Entscheidungsgremien
- innovative Genderkonzepte und deren erfolgreiche Umsetzung
- innovative Beiträge zur Studienreform

(5) Sofern die besonderen Leistungsbezüge mit der Erbringung von Leistungen in der Lehre begründet werden, ist neben der Stellungnahme der Dekanin oder des Dekans die Stellungnahme der Studiendekanin oder des Studiendekans einzuholen.

(6) ¹Zur Beurteilung der besonderen Leistungen können die an der Universität Göttingen zur Verfügung stehenden Leistungsdaten für Vergleiche mit Fachkolleginnen und Fachkollegen innerhalb und außerhalb der Universität Göttingen herangezogen werden. ²Bei Beteiligung in koordinierten Projekten, welche auch die Mitarbeit von Kolleginnen und Kollegen erfordert, werden in der Regel nur die herausgehobenen Aktivitäten der oder des Antrag stellenden Professorin oder Professors berücksichtigt.

§ 5 Leistungsstufen und Verfahren

(1) ¹Leistungsbezüge gemäß § 4 werden in der Regel in folgenden Stufen gewährt:

Stufe 1: Leistungen, die über die Erfüllung der vereinbarten Dienstpflichten hinausgehen.

²Diese Stufe entspricht 206,--Euro,

Stufe 2: Leistungen, die das Profil der jeweiligen Fakultät in Forschung und Lehre nachhaltig mitprägen.

³Diese Stufe entspricht weiteren 412,-- Euro,
d. h. 618,-- Euro

Stufe 3: Leistungen, die das Profil der jeweiligen Fakultät oder der Universität in Forschung und Lehre im nationalen Rahmen mitprägen.

⁴Diese Stufe entspricht weiteren 515,-- Euro,
d. h. 1.133,-- Euro

Stufe 4: Leistungen, die zur Erhöhung der internationalen Reputation der jeweiligen Fakultät oder der Universität beitragen.

⁵Diese Stufe entspricht weiteren 515,-- Euro,
d. h. 1.648,-- Euro

Stufe 5: Leistungen, die die internationale Reputation der jeweiligen Fakultät oder der Universität entscheidend mitprägen.

⁶Diese Stufe entspricht weiteren 515,-- Euro,
d. h. 2.163,-- Euro.

⁷Die Beträge werden monatlich neben der übrigen Besoldung ausgezahlt. ⁸Ausnahmen von der Stufenregelung sind nur in besonderen Fällen möglich.

(2) Die Gewährung von besonderen Leistungsbezügen erfolgt aufgrund bereits erbrachter Leistungen im Sinne von § 4, insbesondere in den zum Zeitpunkt der Antragstellung zurückliegenden zwei bis drei Jahren.

(3) ¹Bei seiner Entscheidung über die Gewährung von besonderen Leistungsbezügen lässt sich das Präsidium von einem Expertengremium beraten. ²Die Mitglieder werden aus der Gruppe der Professorinnen und Professoren vom Präsidium auf Vorschlag des Senats berufen.

(4) ¹Die erstmalige Gewährung von besonderen Leistungsbezügen wird auf bis zu fünf Jahre befristet. ²Für einen unmittelbar sich anschließenden Fortsetzungszeitraum kann

- dieselbe Stufe befristet
- dieselbe Stufe unbefristet
- dieselbe Stufe unbefristet sowie die Differenz zur nächst höheren befristet
- oder eine höhere Stufe insgesamt unbefristet gewährt werden.

(5) ¹Leistungsbezüge können auf schriftlichen Antrag einer Professorin oder eines Professors vom Präsidium gewährt werden. ²Die Entscheidung erfolgt aufgrund eines Antrages der Professorin oder des Professors beim Präsidium. ³Anträge sind mit dem als Anlage beigefügten Formular bis zum 15. Dezember oder bis zum 15. Juli eines Jahres zu stellen, wenn die Leistungsbezüge ab dem Folgesemester wirksam werden sollen. ⁴Dem Antrag ist ein Selbstbericht beizufügen, in dem darzulegen ist, worin das Besondere der erbrachten Leistung liegt. ⁵Vor der Entscheidung über die Gewährung von besonderen Leistungsbezügen nimmt die Dekanin oder der Dekan zu dem Antrag oder Vorschlag Stellung. ⁶Sie oder er kann auch selbst die Gewährung vorschlagen. ⁷Von dieser Möglichkeit soll die Dekanin oder der Dekan vor allem Gebrauch machen, wenn dies zur Gleichbehandlung geboten ist.

(6) Sind einer Professorin oder einem Professor Berufs- oder BleibeLeistungsbezüge gewährt worden, ist ein Antrag auf besondere Leistungsbezüge grundsätzlich frühestens 3 Jahre nach Bewilligung zulässig.

(7) Die in Abs. 1 genannten Beträge erhöhen sich um den vom Hundertsatz, um den die Grundgehälter der Besoldungsordnung W angepasst werden.

§ 6 Funktionsleistungsbezüge

(1) Die Gewährung von Funktionsleistungsbezügen erfolgt für die Dauer der Wahrnehmung der Funktion; jeweils bei Amtsantritt und Ablauf der Amtszeit begonnene Monate werden als ganze Monate gerechnet.

(2) ¹Funktionsleistungsbezüge werden für folgende nebenamtlich ausgeübte Funktionen gewährt:

- Dekanin oder Dekan 618,00 Euro
- Studiendekanin oder Studiendekan 206,00 Euro
- entsprechend der Grundordnung der Universität eine oder ein weitere oder weiterer Dekanin oder Dekan mit eigenem Ressort 206,00 Euro.

²Die Zulage wird monatlich gewährt.

(3) Die in Abs. 2 genannten Beträge erhöhen sich um den vom Hundertsatz, um den die Grundgehälter der Besoldungsordnung W angepasst werden.

§ 7 Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt nach Anhörung des Senats und nach Veröffentlichung in den Amtlichen Mitteilungen der Georg-August-Universität Göttingen am 01.10.2008 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Richtlinie über das Verfahren und die Vergabe von Leistungsbezügen für Professorinnen und Professoren an der Universität Göttingen (ohne Universitätsmedizin) in der Fassung vom 06.10.2004 (Amtliche Mitteilungen Nr. 10/2004 S. 786) außer Kraft.

Anlage

(Name, Vorname)	(Ort, Datum) (Telefon)
(Universitätseinrichtung)	W ...-Professur für (BesGr. und Fachgebiet)
(Anzahl der bereits gewährten Leistungsstufen)	(Datum der letzten Stufenvergabe)

Auf dem Dienstweg über das Dekanat

Herrn Präsidenten
 der Georg-August-Universität Göttingen
 Stiftung Öffentlichen Rechts
 Postfach 3744

37027 Göttingen

Antrag auf Gewährung besonderer Leistungsbezüge gem. § 5 der Richtlinie über das Verfahren und die Vergabe von Leistungsbezügen für Professorinnen und Professoren an der Universität Göttingen (ohne Universitätsmedizin)

1. Für die nachstehend genannte(n) Leistung(en) beantrage ich die Gewährung von Leistungsbezügen der Stufe ab dem

2. Ich beantrage die Entfristung der bisher gewährten Leistungsbezüge der Stufe

Ich habe besondere Leistungen in der **Forschung** erbracht
 (bitte ausführlich darstellen, ggf. gesondertes Blatt beifügen):

Ich habe besondere Leistungen in der **Lehre** erbracht
 (bitte ausführlich darstellen, ggf. gesondertes Blatt beifügen):

Ich habe (weitere) **besondere Leistungen im Sinne von § 4 Abs. 4** der Richtlinie erbracht
 (bitte ausführlich darstellen, ggf. gesondertes Blatt beifügen):

 Unterschrift Antragsteller/in

Stellungnahme der Fakultät:

- Die vorstehenden Angaben werden bestätigt.
- Die vorstehenden Angaben können nicht bestätigt werden:

Begründung nur bei Nichtbestätigung (ggf. bitte auf gesondertem Blatt):

Unterschrift Dekanin/Dekan

Unterschrift Studiendekanin/-dekan

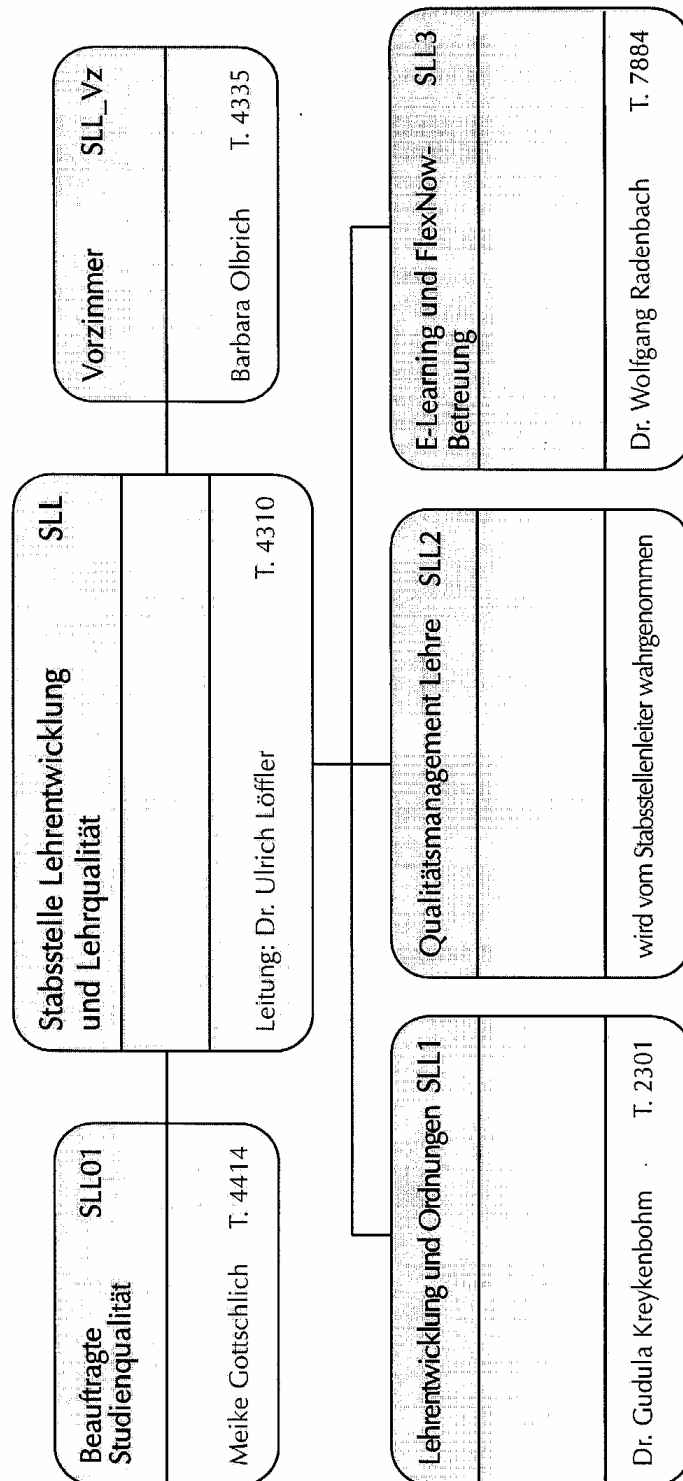
(erforderlich, wenn die besonderen Leistungsbezüge mit der Erbringung von Leistungen in der Lehre begründet werden).

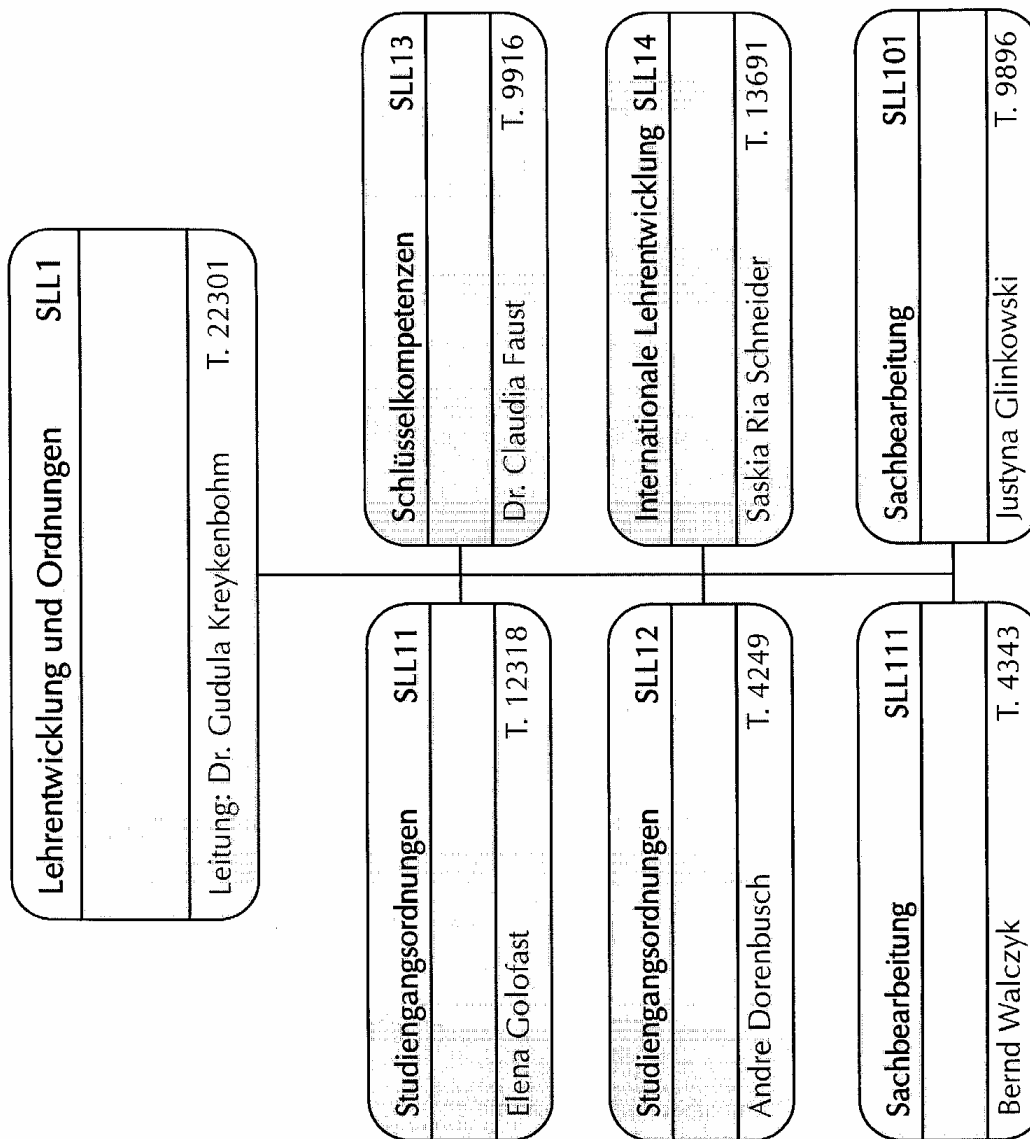
Übersicht über die Leistungsstufen gemäß § 5 der Richtlinie:

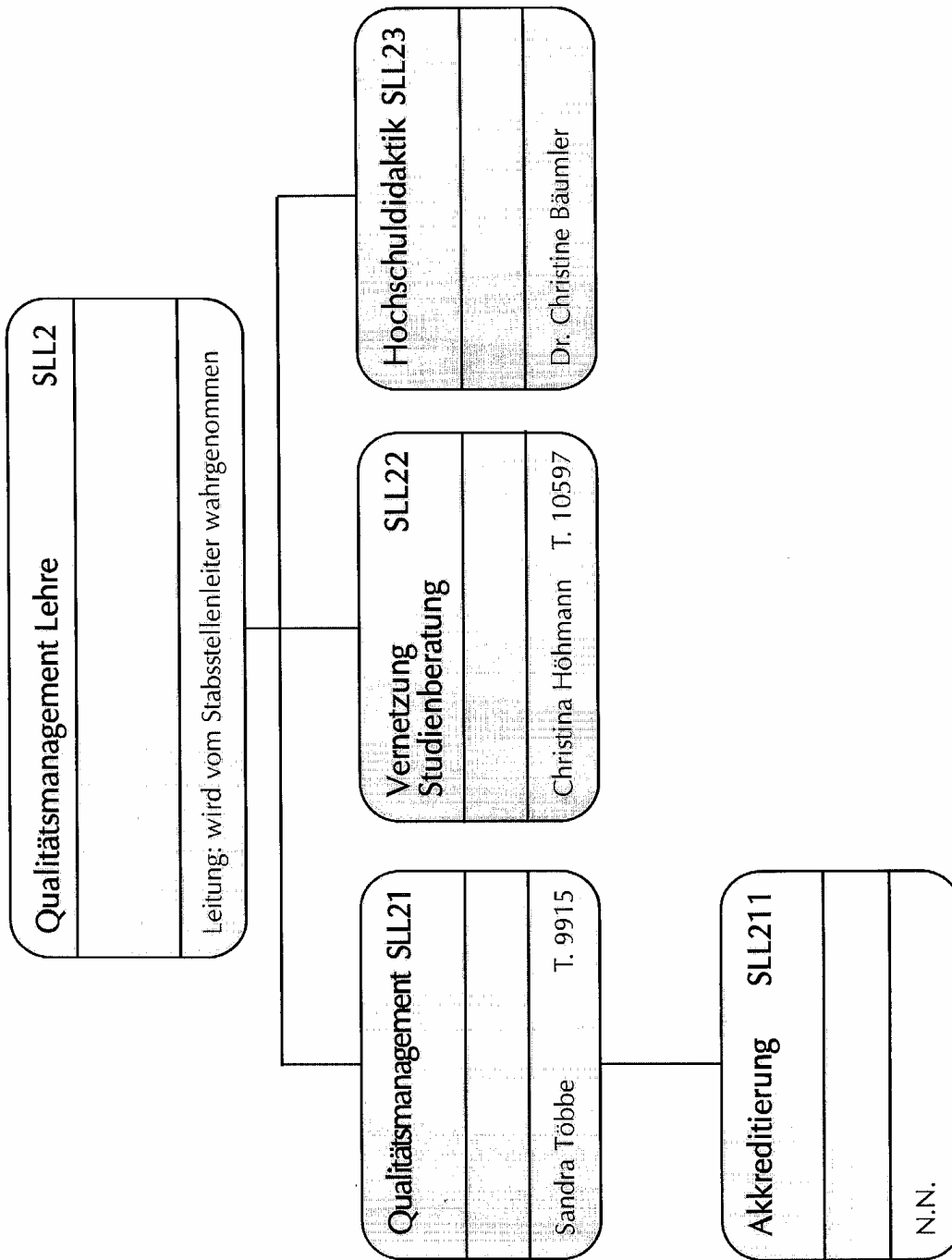
- Stufe 1: Leistungen, die über die Erfüllung der vereinbarten Dienstpflichten hinausgehen.
Diese Stufe entspricht: 206,-- €
- Stufe 2: Leistungen, die das Profil der jeweiligen Fakultät in **Forschung und Lehre** nachhaltig mitprägen.
Diese Stufe entspricht: weiteren 412,-- €, d. h. 618,-- €
- Stufe 3: Leistungen, die das Profil der jeweiligen Fakultät oder der Universität in **Forschung und Lehre**
im nationalen Rahmen mitprägen.
Diese Stufe entspricht: weiteren 515,-- €, d. h. 1.133,-- €
- Stufe 4: Leistungen, die zur Erhöhung der internationalen Reputation der jeweiligen Fakultät oder
der Universität beitragen.
Diese Stufe entspricht: weiteren 515,-- €, d. h. 1.648,-- €
- Stufe 5: Leistungen, die die internationale Reputation der jeweiligen Fakultät oder der Universität
entscheidend mitprägen.
Diese Stufe entspricht: weiteren 515,-- €, d. h. 2.163,-- €
-

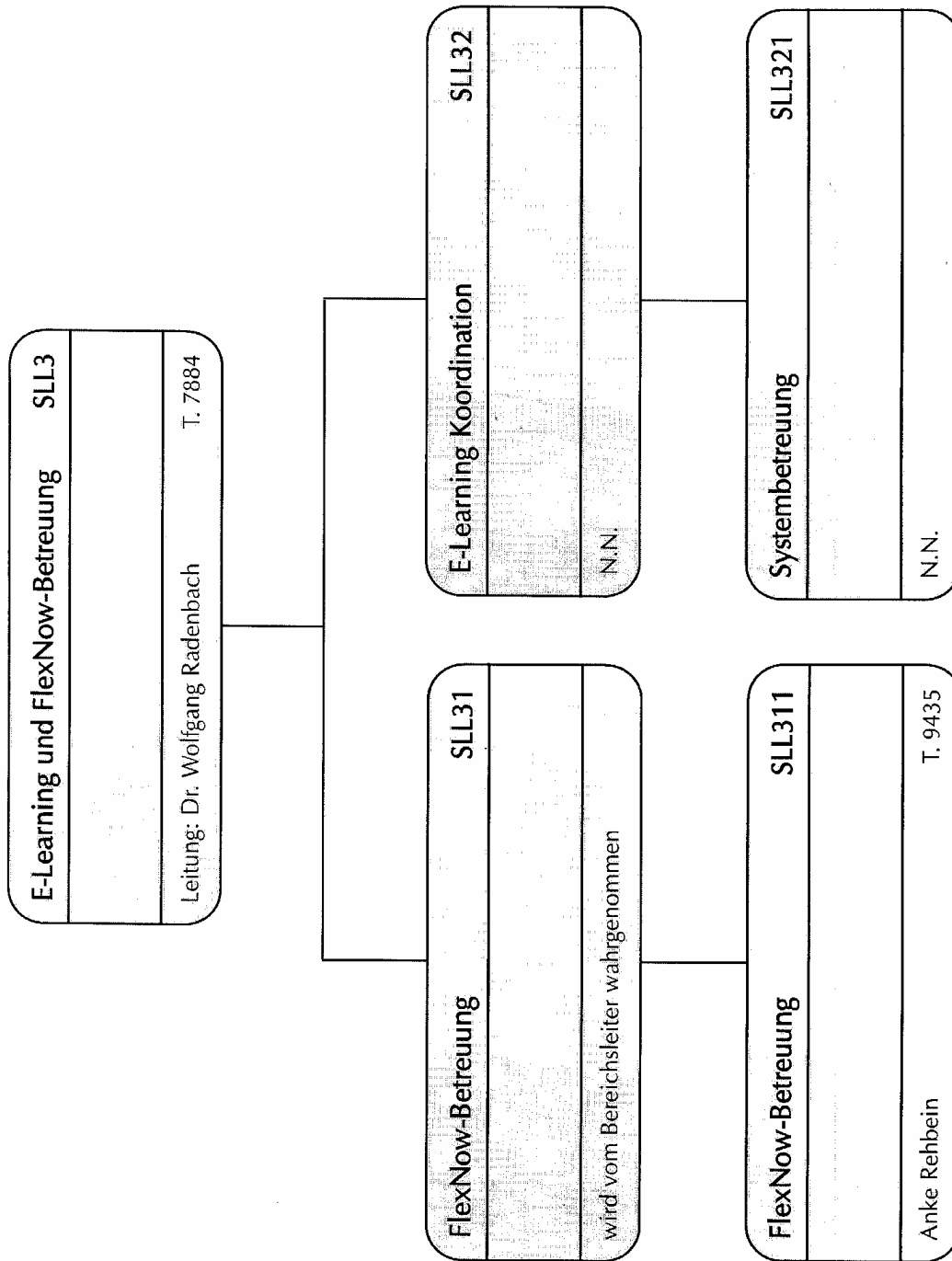
Präsidium:

Das Präsidium hat am 23.07.2008 die Änderung des Organigramms der Stabsstelle Lehrentwicklung und Lehrqualität (SLL) beschlossen (§ 37 Abs. 1 Satz 3 NHG in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.2007 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.09.2007 (Nds. GVBl. S. 444)).









Hochschulleitung:

Nach Stellungnahme des Senats vom 16.07.2008 haben das Präsidium am 30.07.2008 und der Vorstand der Universitätsmedizin Göttingen am 30.07.2008 die folgenden Semestertermine beschlossen (§ 41 Abs. 2 Satz 2 NHG in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.2007 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.09.2007 (Nds. GVBl. S. 444)); § 37 Abs. 1 Satz 3 NHG; § 63 b Satz 3 NHG in Verbindung mit § 63 e Abs. 2 Nr. 16 NHG:

Wintersemester 2009/2010:

Beginn des Semesters: 01.10.2009
Ende des Semesters: 31.03.2010

Beginn der Lehrveranstaltungen: 19.10.2009
Ende der Lehrveranstaltungen: 05.02.2010
vorlesungsfrei: 23.12.2009 – 06.01.2010

Sommersemester 2010:

Beginn des Semesters: 01.04.2010
Ende des Semesters: 30.09.2010

Beginn der Lehrveranstaltungen: 12.04.2010
Ende der Lehrveranstaltungen: 16.07.2010

Senat:

Der Senat hat in seiner Sitzung am 16.07.2008 die Habilitationsordnung der Georg-August-Universität Göttingen beschlossen (§ 41 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit § 9 a Abs. 3 und § 35 a Satz 2 NHG in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.2007 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.09.2007 (Nds. GVBl. S. 444)). Das Präsidium hat die Neufassung der Habilitationsordnung am 30.07.2008 genehmigt (§ 37 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 b) NHG).

**Habilitationsordnung der Georg-August-Universität
Göttingen****I. Abschnitt
Grundsätze****§ 1 Zweck der Habilitation**

(1) ¹Die Habilitation dient dem Nachweis herausgehobener Befähigung zu selbständiger wissenschaftlicher Forschung und zu qualifizierter selbständiger Lehre in einem bestimmten wissenschaftlichen Fachgebiet (Lehrbefähigung). ²Mit der Habilitation wird der oder dem Habilitierten die Befugnis zur selbständigen Lehre an der Hochschule für ein bestimmtes wissenschaftliches Fach oder Fachgebiet erteilt (Lehrbefugnis).

(2) Die Erteilung der Lehrbefugnis berechtigt zur Führung des Titels „Privatdozentin“ oder „Privatdozent“; eine Ergänzung des Doktorgrades findet nicht statt.

§ 2 Voraussetzungen für die Habilitation

(1) ¹Die Bewerberin oder der Bewerber muss den Doktorgrad an einer deutschen wissenschaftlichen Hochschule oder einer gleichwertigen ausländischen Hochschule erworben haben. ²Ihre oder seine Befähigung zu selbständiger wissenschaftlicher Forschung wird durch eine Habilitationsschrift nachgewiesen. ³Anstelle einer Habilitationsschrift können bisherige Veröffentlichungen und zur Veröffentlichung angenommene Arbeiten anerkannt werden, wenn sie einen gleichwertigen Nachweis der Befähigung zur selbständigen wissenschaftlichen Forschung darstellen und noch nicht in einem Habilitationsverfahren verwendet wurden.

(2) ¹Eine von mehreren (in der Regel nicht mehr als zwei) Personen gemeinsam verfasste wissenschaftliche Arbeit kann bei geeigneter Themenstellung, insbesondere bei interdis-

ziplinären Arbeiten, als Habilitationsschrift anerkannt werden. ²Voraussetzung ist, dass die für das Habilitationsverfahren eines der Autorinnen oder Autoren zu berücksichtigenden Beiträge zweifelsfrei dieser Bewerberin oder diesem Bewerber zugerechnet werden können und den Anforderungen nach § 1 Abs. 1 sowie Abs. 1 genügen. ³Die Eignung des Themas für eine Gemeinschaftsarbeit ist auf Antrag und nach Anhörung der Bewerberinnen oder Bewerber von der zuständigen Fakultät förmlich festzustellen; dies soll möglichst vor Beginn der Arbeit an der Habilitationsschrift geschehen.

(3) Die Bewerberin oder der Bewerber weist ihre oder seine Fähigkeit zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung in einem Kolloquium nach.

(4) ¹Die Bewerberin oder der Bewerber soll in der Regel eine mehrsemestrige und kontinuierliche Lehrtätigkeit in grundständigen Studiengängen und konsekutiven Bachelor- oder Master-Studiengängen nachweisen. ²Die Befähigung zum akademischen Lehrvortrag wird darüber hinaus im Habilitationsverfahren durch eine Probevorlesung festgestellt.

(5) Die Bewerberin oder der Bewerber hat ferner die in der Anlage zu dieser Ordnung für die einzelnen Fakultäten festgelegten weiteren Anforderungen zu erfüllen, soweit solche für die in ihrem oder seinem Falle zuständige Fakultät getroffen sind (Anlage 1).

II. Abschnitt Habilitationsverfahren

Teil 1 Habilitation

§ 3 Habilitationskommission

(1) ¹Der Fakultätsrat bestellt für die Dauer von zwei Jahren eine ständige Habilitationskommission aus dem Kreis der habilitierten Mitglieder der Universität. ²Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 8 bis 24 gewählten weiteren Mitgliedern, von denen mehr als die Hälfte der eigenen Fakultät angehören muss.

(2) ¹Habilitierte Mitglieder des Fakultätsrats können auch Mitglieder der Habilitationskommission sein. ²Soweit Fächer der Fakultät sich mit denen anderer Fakultäten überschneiden, sollen habilitierte Mitglieder dieser Fakultäten der Habilitationskommission angehören.

(3) ¹Den Vorsitz mit Stimmrecht führt die Dekanin oder der Dekan. ²Sie oder er hat dafür Sorge zu tragen, dass das Verfahren ohne vermeidbare Verzögerungen abläuft; es soll die Dauer eines Jahres nicht überschreiten.

(4) ¹Für anhängige Verfahren bleibt die Habilitationskommission mit ihren gemäß Abs. 1 Satz 2 gewählten weiteren Mitgliedern auch über deren regelmäßige Amtszeit hinaus längstens für die Dauer einer weiteren Amtsperiode zuständig. ²Beim Ausscheiden eines Mitglieds der Habilitationskommission bestellt der Fakultätsrat ein neues Mitglied für den Rest der Amtsperiode; wird ein Mitglied der Habilitationskommission zur Dekanin oder zum Dekan gewählt, so reduziert sich die Zahl der weiteren Mitglieder für die Dauer ihrer oder seiner Amtszeit als Dekanin oder Dekan um eines.

(5) Stimmenthaltungen sind bei Entscheidungen über Habilitationsleistungen unzulässig.

§ 4 Habilitationsantrag

(1) ¹Der Antrag auf Zulassung zur Habilitation ist schriftlich an die Dekanin oder den Dekan der Fakultät zu richten, die für das Fachgebiet, innerhalb dessen die Lehrbefugnis angestrebt wird, zuständig ist. ²In dem Antrag hat die Bewerberin oder der Bewerber anzugeben, für welches Fachgebiet sie oder er die Lehrbefugnis (venia legendi) erwerben will. ³Die Dekanin oder der Dekan gibt den habilitierten Mitgliedern der Fakultät und den Mitgliedern des Fakultätsrats von dem Antrag Kenntnis.

(2) ¹Die Entscheidung über die Zuständigkeit obliegt dem Fakultätsrat. ²Beanspruchen mehrere Fakultäten die Zuständigkeit oder hält sich keine Fakultät für zuständig, so entscheidet der Senat.

(3) Dem Antrag müssen beigefügt werden:

1. ein Lebenslauf, der besonders den wissenschaftlichen und beruflichen Werdegang der Bewerberin oder des Bewerbers schildert;
2. das Doktordiplom;

3. sonst vorliegende Zeugnisse über die wissenschaftliche Ausbildung und über bestandene wissenschaftliche Prüfungen;
4. ein Exemplar der Doktorarbeit;
5. die Habilitationsschrift, sofern die Bewerberin oder der Bewerber eine solche angefertigt hat, und je ein Exemplar aller sonstigen veröffentlichten oder zur Veröffentlichung angenommenen wissenschaftlichen Schriften sowie ein Verzeichnis dieser Schriften; im Falle der Vorlage einer Gemeinschaftsarbeit i. S. des § 2 Abs. 2 sind die Beiträge der einzelnen Autorinnen oder Autoren an der Habilitationsschrift umfassend darzulegen und zu beschreiben;
6. ein Bericht über die Gegenstände, Ziele und Ergebnisse der bisherigen Forschungstätigkeit der Bewerberin oder des Bewerbers;
7. eine Übersicht über die bisherige Lehrtätigkeit der Bewerberin oder des Bewerbers;
8. der Nachweis der gemäß § 2 Abs. 5 gegebenenfalls zusätzlich geforderten Voraussetzungen;
9. eine Versicherung über etwaige frühere Habilitationsversuche;
10. eine Erklärung der Bewerberin oder des Bewerbers, dass bei der Anfertigung der schriftlichen Habilitationsleistung keine weiteren als die angegebenen Hilfsmittel benutzt wurden und kein wissenschaftliches Fehlverhalten im Sinne der Richtlinien der Georg-August-Universität Göttingen zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis in der jeweils gültigen Fassung vorliegt;
11. ein Führungszeugnis.

(4) ¹Die Mitglieder des Fakultätsrats und die habilitierten Mitglieder der Fakultät können den Antrag und seine Anlagen innerhalb angemessener Frist einsehen. ²Sie haben die Vertraulichkeit zu wahren.

(5) Antrag und Anlagen verbleiben nach Abschluss des Verfahrens bei den Akten der Fakultät.

§ 5 Zulassungsverfahren

(1) ¹Über die Zuständigkeit zur Durchführung des Habilitationsverfahrens und über den Antrag auf Zulassung zum Habilitationsverfahren entscheidet der Fakultätsrat. ²In Zweifelsfällen ist die Habilitationskommission anzuhören.

(2) Die Zulassung kann nur versagt werden, wenn die Bewerberin oder der Bewerber die mit dem Antrag nachzuweisenden förmlichen Voraussetzungen der Habilitation nicht erfüllt oder die zu erteilende Lehrbefugnis sofort wieder erlöschen, zurückgenommen oder widerrufen würde.

§ 6 Begutachtung

(1) ¹Die Habilitationskommission bestellt zur Begutachtung der schriftlichen Habilitationsleistung und des Berichts über die Forschungstätigkeit mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder mehrere - mindestens aber drei - habilitierte Gutachterinnen oder Gutachter, die auch anderen Fakultäten angehören können. ²Die Bewerberin oder der Bewerber hat hierzu ein Vorschlagsrecht. ³Soweit erforderlich können bei der Bestellung der Gutachterinnen oder Gutachter auch auswärtige habilitierte oder gleichwertig qualifizierte Gutachterinnen oder Gutachter hinzugezogen werden. ⁴Wenn die schriftliche Habilitationsleistung Fachgebiete anderer Fakultäten berührt, sollen Gutachterinnen oder Gutachter auch jener Fakultäten hinzugezogen werden. ⁵Soweit die bestellten Gutachterinnen oder Gutachter der Habilitationskommission nicht angehören, nehmen sie, sofern sie ein Gutachten abgegeben haben, an dem weiteren Verfahren gemäß §§ 7 bis 10 Abs. 2 als stimmberechtigte Mitglieder teil. ⁶Sie werden bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit der Habilitationskommission nicht mitgezählt.

(2) ¹Jedes habilitierte Mitglied der Fakultät kann die vorliegenden Gutachten einsehen und der Habilitationskommission ein weiteres Gutachten vorlegen. ²Die Vertraulichkeit ist zu wahren. ³Mit der Vorlage des Gutachtens wird die Berechtigung erworben, an den Entscheidungen über die Habilitationsleistungen der Kandidatin oder des Kandidaten stimmberechtigt mitzuwirken, sofern die Absicht, das Stimmrecht auszuüben, innerhalb von zwei Wochen nach der Zulassung zum Habilitationsverfahren der Dekanin oder dem Dekan schriftlich mitgeteilt wurde. ⁴Wer von dieser Befugnis Gebrauch macht, wird bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit der Habilitationskommission nicht mitgezählt.

§ 7 Annahme der Habilitationsschrift

(1) ¹Nach Abschluss des Gutachterverfahrens entscheidet die Habilitationskommission, ggf. unter Mitwirkung der weiteren Gutachterinnen oder Gutachter nach § 6 Abs. 1 Satz 5 sowie habilitierter Mitglieder der Fakultät nach § 6 Abs. 2 Satz 3, ob die schriftliche Habilitations-

leistung den Anforderungen genügt und angenommen wird. ²Die Entscheidung bedarf außer der Mehrheit der Stimmberechtigten nach Satz 1 der Mehrheit der anwesenden Mitglieder der ständigen Habilitationskommission. ³Auswärtige Gutachterinnen oder Gutachter können ihre Stimme schriftlich abgeben. ⁴Eine von dem Votum der Mehrheit der bestellten Gutachterinnen oder Gutachter abweichende Entscheidung kann dabei nur auf der Grundlage von mindestens einer schriftlichen Stellungnahme aus dem Kreis der nach Satz 1 stimmberechtigten Personen getroffen werden, die den Feststellungen der Gutachterinnen oder Gutachter in fachwissenschaftlich fundierter Weise widerspricht; sie muss den Anforderungen an die Gutachten im Sinne von § 6 Abs. 1 genügen. ⁵Erforderlichenfalls ist die Beschlussfassung bis zur Erstattung wenigstens einer schriftlichen Stellungnahme zu vertagen. ⁶Im Falle der Stimmgleichheit bei einer Entscheidung nach Satz 1 muss die Habilitationskommission eine weitere Gutachterin oder einen weiteren Gutachter bestellen; die Entscheidung für die Gutachterin oder den Gutachter muss mit Zweidrittelmehrheit der Kommissionsmitglieder getroffen werden. ⁷Die Bewerberin oder der Bewerber hat ein Vorschlagsrecht.

(2) ¹Die Beschlussfähigkeit für die Entscheidung über die schriftliche Habilitationsleistung ist gegeben, wenn mindestens zwei Drittel der ständigen Mitglieder der Habilitationskommission anwesend sind. ²Wird die Beschlussfähigkeit in zwei aufeinander folgenden Sitzungen nicht erreicht, so ist die Beschlussfähigkeit bei Anwesenheit der Mehrheit der ständigen Mitglieder der Habilitationskommission gegeben.

(3) ¹Nach Aufforderung durch die Dekanin oder den Dekan teilt die Bewerberin oder der Bewerber das Thema ihres oder seines Referats schriftlich mit. ²Fällt die Entscheidung über die schriftliche Habilitationsleistung zustimmend aus, so setzt die Habilitationskommission den Termin für das Kolloquium fest.

(4) ¹Im Falle der Annahme berät die Habilitationskommission ggf. unter Mitwirkung der weiteren Gutachterinnen oder Gutachter nach § 6 Abs. 1 Satz 5 sowie habilitierter Mitglieder der Fakultät nach § 6 Abs. 2 Satz 3 zugleich über die Bezeichnung der Lehrbefugnis (venia legendi) gemäß § 10. ²Falls eine Abweichung von dem Antrag der Bewerberin oder des Bewerbers ins Auge gefasst wird, ist dieser oder diesem Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

§ 8 Kolloquium

(1) ¹Das Kolloquium wird mit einem etwa halbstündigen Referat eröffnet, in dem die Bewerberin oder der Bewerber einen Gegenstand zur Diskussion stellt, der es erlaubt, auch grundsätzliche Fragen ihres oder seines Fachgebiets zu erörtern. ²Das Referat darf mit dem Gegenstand der Habilitationsschrift nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen. ³Daran schließt sich eine eingehende wissenschaftliche Diskussion auf der Grundlage des Vortrags an. ⁴Die Aussprache soll nicht länger als eine Stunde dauern.

(2) ¹Das Kolloquium findet vor der Habitationskommission und ggf. den weiteren Gutachterinnen oder Gutachtern nach § 6 Abs. 1 Satz 5 sowie habilitierten Mitgliedern der Fakultät gemäß § 6 Abs. 2 Satz 3 statt. ²Die übrigen habilitierten Mitglieder der Fakultät, die Mitglieder des Fakultätsrats und diejenigen Personen, die sich demnächst an der Fakultät habilitieren wollen, haben das Recht zur Teilnahme. ³Die Dekanin oder der Dekan kann darüber hinaus weitere Gäste einladen. ⁴Die oder der Vorsitzende kann Fragen auch der nicht habilitierten Anwesenden zulassen.

(3) ¹An der Beratung über das Ergebnis des Kolloquiums nehmen nur die Mitglieder der Habitationskommission und die habilitierten Mitglieder des Fakultätsrats sowie ggf. der weiteren Gutachterinnen oder Gutachter nach § 6 Abs. 1 Satz 5 sowie habilitierten Mitglieder der Fakultät nach § 6 Abs. 2 Satz 3 teil. ²Im Anschluss daran entscheidet die Habitationskommission, ggf. unter Mitwirkung der weiteren Gutachterinnen oder Gutachter nach § 6 Abs. 1 Satz 5 sowie habilitierter Mitglieder der Fakultät gemäß § 6 Abs. 2 Satz 3. ³Die Entscheidung bedarf der Mehrheit der anwesenden ständigen Kommissionsmitglieder. ⁴Für die Beschlussfähigkeit ist die Anwesenheit der Mehrheit der ständigen Mitglieder der Habitationskommission erforderlich.

§ 9 Probevorlesung

(1) ¹War das Kolloquium erfolgreich, wird die Bewerberin oder der Bewerber zu einer öffentlichen Probevorlesung zugelassen. ²Das Thema der Probevorlesung wird von der Habitationskommission aus drei Vorschlägen der Bewerberin oder des Bewerbers ausgewählt, die sich vom Thema der Habilitationsschrift und des Kolloquiums unterscheiden.

(2) ¹Der Termin und das Thema für die öffentliche Probevorlesung werden der Bewerberin oder dem Bewerber unverzüglich nach dem Kolloquium mitgeteilt. ²Zwischen der Bekanntgabe des Themas und der Probevorlesung müssen mindestens zwei Wochen liegen.

(3) Die Probevorlesung dauert 45 Minuten.

(4) Die Medizinische Fakultät kann hiervon abweichende Regelungen treffen.

§ 10 Lehrbefähigung; Lehrbefugnis (venia legendi)

(1) ¹Nach der Probevorlesung entscheidet die Habilitationskommission, ggf. unter Mitwirkung der weiteren Gutachterinnen oder Gutachter nach § 6 Abs. 1 Satz 5 sowie habilitierter Mitglieder der Fakultät nach § 6 Abs. 2 Satz 3, über das Ergebnis dieser Habilitationsleistung sowie über die Bezeichnung der Lehrbefugnis (venia legendi). ²§ 8 Abs. 3 Sätze 3 und 4 finden Anwendung. ³Von dem Antrag der Habilitandin oder des Habilitanden kann hierbei nur abgewichen werden, nachdem ihr oder ihm Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist.

(2) Mit der Habilitation wird der oder dem Habilitierten die Befugnis zur selbständigen Lehre an der Hochschule für ein bestimmtes wissenschaftliches Fach oder Fachgebiet erteilt (Lehrbefugnis).

(3) ¹Der Nachweis der Lehrbefähigung sowie die Erteilung der Lehrbefugnis (venia legendi) werden in einer von der Präsidentin oder dem Präsidenten und der Dekanin oder dem Dekan der Fakultät unterzeichneten Habilitationsurkunde (Anlage 2) beurkundet; auf Antrag wird eine amtliche Übersetzung (Anlage 3) in englischer Sprache ausgestellt. ²Die Habilitation wird dadurch vollzogen, dass die Dekanin oder der Dekan der Bewerberin oder dem Bewerber die Habilitationsurkunde aushändigt.

(4) Die Dekanin oder der Dekan teilt dem Fakultätsrat das Ergebnis des Habilitationsverfahrens mit.

(5) ¹Nach Abschluss des Verfahrens hat die Bewerberin oder der Bewerber das Recht, in die Habilitationsakten einschließlich der Gutachten Einsicht zu nehmen. ²Die Vertraulichkeit ist zu wahren.

§ 11 Wiederholung der Habilitationsprüfung

Im Falle einer ablehnenden Entscheidung ist eine einmalige Wiederholung des Habilitationsversuchs frühestens nach einem Jahr zulässig. Soll nur das Kolloquium oder die Probevorlesung wiederholt werden, so beträgt die Frist 6 Monate.

§ 12 Veröffentlichung der Habilitationsschrift

¹Die Habilitationsschrift muss - möglichst binnen zwei Jahren - als selbständige Veröffentlichung oder als wissenschaftliche Abhandlung(en) in ihrem wesentlichen Inhalt in einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift gedruckt werden. ²Das Nähere wird in den ergänzenden Bestimmungen für die einzelnen Fakultäten geregelt. ³Die Veröffentlichung muss als Habilitationsschrift gekennzeichnet werden. ⁴Der Dekanin oder dem Dekan sind drei Exemplare einzureichen. ⁵Hat die Habilitandin oder der Habilitand die Habilitationsschrift nicht binnen zwei Jahren veröffentlicht, so berichtet sie oder er auf Anfordern der Dekanin oder des Dekans über die Hinderungsgründe und den voraussichtlichen Zeitpunkt der Veröffentlichung.

§ 13 Ungültigkeit der Habilitationsprüfung

(1) Wurde bei der Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung der Habilitationsurkunde bekannt, so kann die Habilitationskommission nachträglich die betroffenen Bewertungen entsprechend berichtigen und die Habilitationsprüfung für nicht bestanden erklären.

(2) ¹Waren die Voraussetzungen für die Zulassung nicht erfüllt, ohne dass hierüber getäuscht werden sollte und wird die Tatsache erst nach Aushändigung der Habilitationsurkunde bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. ²Wurde die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet die Habilitationskommission unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen über die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte.

(3) Die Habilitandin oder der Habilitand ist vor einer Entscheidung zu hören.

(4) ¹Die unrichtige Habilitationsurkunde ist einzuziehen. ²Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von sieben Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 14 Umhabilitation

¹Privatdozentinnen oder Privatdozenten, die an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule die Lehrbefugnis durch Habilitation erworben haben, kann auf Antrag für das gleiche Fachgebiet die Lehrbefugnis von einer Fakultät der Universität Göttingen zuerkannt werden. ²Für das Verfahren sind die §§ 6 Abs. 1 sowie 7 Abs. 1 und 2 entsprechend anzuwenden. ³Liegt die Habilitation weniger als zwei Jahre vor der Antragstellung, können anstelle von Gutachten nach § 6 Abs. 1 die Gutachten aus dem Habilitationsverfahren berücksichtigt werden.

Teil 2

Rechte und Pflichten der oder des Habilitierten und besondere Bestimmungen zur Lehrbefugnis

§ 15 Titel; Titellehre

(1) ¹Die Erteilung der Lehrbefugnis berechtigt zur Führung des Titels „Privatdozentin“ oder „Privatdozent“. ²Eine Privatdozentin oder ein Privatdozent ist berechtigt und verpflichtet, in Abstimmung mit der zuständigen Fakultät in dem Fachgebiet der Habilitation regelmäßig eigene selbständige Lehrveranstaltungen an der Universität Göttingen im Umfang von wenigstens einer SWS unentgeltlich anzubieten (Titellehre). ³Selbständige Lehrtätigkeit auf Grund von Lehraufträgen wird auf diese Verpflichtung angerechnet; nicht angerechnet werden Lehrveranstaltungen, die im Rahmen eines sonstigen Beschäftigungsverhältnisses, gleich aus welchem Rechtsgrund, erbracht werden.

(2) ¹Die oder der Habilitierte hat die Lehrveranstaltung gegenüber dem Dekanat rechtzeitig anzukündigen und ordnungsgemäß abzuhalten. ²Will die oder der Habilitierte ihre oder seine Lehrtätigkeit unterbrechen, so hat sie oder er dies dem Dekanat rechtzeitig vor Beginn der jeweiligen Vorlesungszeit mitzuteilen. ³Will die oder der Habilitierte die Lehrtätigkeit ganz einstellen, ist die Habilitationsurkunde zurückzugeben.

(3) Durch die Habilitation wird kein Anspruch auf einen Arbeitsplatz, auf eine Vergütung, auf eine Anstellung oder eine Berufung begründet.

(4) ¹Rechte und Pflichten aus einem eventuell bestehenden Dienstverhältnis zur Universität Göttingen werden durch die Lehrtätigkeit nicht berührt. ²Diese Lehrbefugnis stellt keine Betrauung mit der selbständigen Vertretung ihres Faches in Forschung und Lehre dar.

§ 16 Erweiterung der Lehrbefugnis

¹Die Lehrbefugnis kann im Einvernehmen zwischen Dozentin oder Dozent und Fakultät durch die zuständige Fakultät erweitert werden. ²Für das Verfahren sind die §§ 6 Abs. 2 und 3 sowie 7 Abs. 1 und 2 entsprechend anzuwenden.

§ 17 Ruhen der Lehrbefugnis

¹Die Lehrbefugnis ruht, wenn ihre Inhaberin oder ihr Inhaber wegen einer Erkrankung, deren Dauer nicht abzusehen ist, ihre oder seine Lehrbefugnis nicht ausüben kann. ²Das Ruhen der Lehrbefugnis wird auf Antrag ihrer Inhaberin oder ihres Inhabers sowie der zuständigen Fakultät von der Präsidentin oder dem Präsidenten festgestellt.

§ 18 Rücknahme der Lehrbefugnis

(1) Die Verleihung der Lehrbefugnis kann zurückgenommen werden, wenn sich nachträglich herausstellt, dass wesentliche Voraussetzungen für die Verleihung irrigerweise als gegeben angenommen worden sind.

(2) ¹Vor der Rücknahme ist der Privatdozentin oder dem Privatdozenten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. ²Über die Rücknahme beschließt der Senat nach Anhören des Fakultätsrats. ³Die Rücknahme ist zu begründen und mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen.

(3) Die Rücknahme ist ausgeschlossen, wenn seit der Erteilung der Lehrbefugnis 7 Jahre verstrichen sind.

§ 19 Widerruf der Lehrbefugnis

(1) Die Lehrbefugnis kann entzogen werden, wenn

1. die Privatdozentin oder der Privatdozent wegen einer vorsätzlichen Handlung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr rechtskräftig verurteilt worden ist;
2. die Privatdozentin oder der Privatdozent, die oder der zugleich Beamtin oder Beamter auf Lebenszeit oder auf Zeit ist, als solche oder solcher im Disziplinarverfahren aus dem Dienst rechtskräftig entfernt worden ist;
3. eine Privatdozentin oder ein Privatdozent, die oder der zugleich Beamtin oder Beamter auf Widerruf ist, aus Gründen, bei deren Vorliegen in einem Disziplinarverfahren eine Entfernung aus dem Dienst in Betracht käme, aus dem Dienst rechtskräftig entlassen worden ist;
4. die Privatdozentin oder der Privatdozent aus von ihr oder ihm zu vertretenden Gründen seit mehr als einem Semester nicht in angemessener Weise der ihr oder ihm obliegenden Lehrverpflichtung (Titellehre) nachkommt.

(2) ¹Vor der Entziehung der Lehrbefugnis ist der Privatdozentin oder dem Privatdozenten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. ²Über die Entziehung entscheidet der Senat nach Anhörung des Fakultätsrats.

(3) Ist in den Fällen des Absatzes 1 Nrn. 1 und 2 das Verfahren noch nicht rechtskräftig abgeschlossen, kann der Senat auf Antrag des Fakultätsrats der Privatdozentin oder dem Privatdozenten für die Dauer des Verfahrens die Ausübung der Lehrbefugnis vorläufig untersagen.

§ 20 Erlöschen der Lehrbefugnis

(1) Die Lehrbefugnis an der Universität Göttingen erlischt, wenn die Privatdozentin oder der Privatdozent auf ihre Ausübung verzichtet, wenn sie oder er an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule zur Professorin oder zum Professor auf Lebenszeit ernannt ist oder wenn sie oder er von einer anderen wissenschaftlichen Hochschule auf ihren oder seinen Antrag dorthin umhabilitiert worden ist.

(2) Bei Ausscheiden aus dem Professorenamt kann die Lehrbefugnis auf Antrag erneut erteilt werden.

III. Abschnitt

„Außerplanmäßige Professorin“ oder „außerplanmäßiger Professor“; Betreuung mit der selbständigen Vertretung eines Fachs in Forschung und Lehre

§ 21 Verleihung des Titels

„außerplanmäßige Professorin“ oder „außerplanmäßiger Professor“

(1) ¹Das Präsidium kann auf begründeten Antrag der Fakultät und nach Stellungnahme des Senats auf der Grundlage externer Gutachten anderen Personen als Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren, die die Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren erfüllen, den akademischen Titel „außerplanmäßige Professorin“ oder „außerplanmäßiger Professor“ für die Dauer der Wahrnehmung von Aufgaben in der Lehre verleihen, wenn sie eine dreijährige erfolgreiche Lehrtätigkeit nachweisen. ²In Fällen herausgehobener Lehr- und Forschungsleistungen kann die Frist verkürzt werden bis zu einer Mindestfrist von zwei Jahren.

(2) ¹Die Lehrtätigkeit gemäß Abs. 1 muss für das Fach typische Veranstaltungen in grundständigen Studiengängen und konsekutiven Bachelor- oder Master-Studiengängen umfassen. ²Der Mindestumfang beträgt im Durchschnitt 2 SWS pro Semester, auf jeden Fall aber wenigstens 16 SWS für die in Absatz 1 genannte Dauer. ³Die Lehrtätigkeit kann durch selbständige Lehraufträge und durch die für die Führung des Titels „Privatdozentin“ oder „Privatdozent“ notwendige selbständige unentgeltliche Lehrtätigkeit (sog. Titellehre) erbracht werden; § 15 Abs. 2 gilt entsprechend. ⁴Im Falle einer Umhabilitation kann die selbständige Lehrtätigkeit an der Erstuniversität berücksichtigt werden.

(3) Die Verleihung des Titels „außerplanmäßige Professorin“ oder „außerplanmäßiger Professor“ erlischt bei Erlöschen, Widerruf oder Rücknahme der Lehrbefähigung oder der Lehrbefugnis.

(4) ¹Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren, die die Voraussetzungen des § 30 Abs. 4 Satz 2 NHG erfüllen und die nach Beendigung ihres Dienst- oder Beschäftigungsverhältnisses nicht als Professorin oder Professor weiterbeschäftigt werden, sind berechtigt, den Titel „außerplanmäßige Professorin“ oder „außerplanmäßiger Professor“ zu führen, solange sie Aufgaben in der Lehre wahrnehmen. ²Sie oder er ist insoweit verpflichtet, in Abstimmung mit der zuständigen Fakultät regelmäßig eigene selbständige Lehrveranstaltungen an der Universität Göttingen im Umfang von wenigstens einer SWS unentgeltlich anzubieten. ³Die Be-

rectigung nach Satz 1 erlischt, wenn Aufgaben in der Lehre seit mehr als einem Semester nicht mehr wahrgenommen wurden und die oder der Berechtigte dies zu vertreten hat.

§ 22 Betreuung mit der selbständigen Vertretung eines Fachs in Forschung und Lehre

(1) ¹Sind die außerplanmäßigen Professorinnen oder Professoren zugleich wissenschaftliche oder künstlerische Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter, können sie auf begründeten Antrag des Fakultätsrats der zuständigen Fakultät vom Präsidium mit der selbständigen Vertretung ihres Faches in Forschung und Lehre betraut werden. ²Bei der Entscheidung sind das Gesamtinteresse der Universität, das Einzelinteresse und die Entwicklungsplanung der betroffenen Fakultät und ihrer Untergliederungen (z.B. Ausstattung mit Beschäftigtenstellen) sowie die entsprechende Befähigung der Kandidatin oder des Kandidaten zu berücksichtigen.

(2) Die Betreuung setzt eine erfolgreiche selbständige Lehr- und Forschungstätigkeit seit Erlangung des Titels „außerplanmäßige Professorin“ oder „außerplanmäßiger Professor“ voraus und wird von der Fakultät in einem den Regelungen zu Berufungsverfahren entsprechendem Verfahren festgestellt.

(3) ¹Das Präsidium entscheidet nach Stellungnahme durch den Senat abschließend über die Betreuung. ²Die Beschlüsse des Fakultätsrats und des Senats bedürfen neben der Mehrheit des Gremiums auch der Mehrheit der Mitglieder der Hochschullehrergruppe. ³Die Betreuung wird dadurch vollzogen, dass die Präsidentin oder der Präsident beziehungsweise eine von ihr oder ihm beauftragte Person die Betreuungsurkunde übergibt.

IV. Abschnitt Schlussbestimmungen

§ 23 Verfahrensvorschriften

(1) ¹Ablehnende Entscheidungen und andere belastende Verwaltungsakte, die nach dieser Habilitationsordnung getroffen werden, sind zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und der oder dem Betroffenen bekannt zu geben. ²Gegen eine Entscheidung, der die Bewertung der Habilitationsleistung zugrunde liegt, kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung Widerspruch eingelegt werden.

(2) Den Widerspruchsbescheid beschließt der Fakultätsrat unter Beachtung des Verfahrens nach Abs. 3, sofern dem Widerspruch nicht abgeholfen wird.

(3) ¹Soweit sich der Widerspruch gegen eine Bewertung richtet, leitet der Fakultätsrat den Widerspruch der Habilitationskommission zur Überprüfung zu. ²Ändert diese die Bewertung antragsgemäß ab, so hilft der Fakultätsrat dem Widerspruch ab. ³Andernfalls überprüft er die Entscheidung aufgrund der Stellungnahme der Habilitationskommission insbesondere darauf, ob

- a) das Prüfungsverfahren ordnungsgemäß durchgeführt worden ist,
- b) allgemeingültige Bewertungsgrundsätze beachtet worden sind,
- c) bei der Bewertung durchweg von zutreffenden Tatsachenbehauptungen ausgegangen worden ist,
- d) sich die Habilitationskommission nicht von sachfremden Erwägungen hat leiten lassen.

⁴Soweit konkrete und substantiierte Einwendungen gegen prüfungsspezifische Wertungen und fachliche Bewertungen vorliegen, werden Prüfungsleistungen unter Beachtung der Auffassung des Fakultätsrats erneut bewertet oder die Prüfung wird wiederholt. ⁵Die Neubewertung darf nicht zur Verschlechterung der Prüfungsbewertung führen.

§ 24 Gleichwertigkeit

Im Habilitationsverfahren sind die Professorinnen oder Professoren und Honorarprofessorinnen oder -professoren, die nicht habilitiert sind, sowie im Falle der erfolgreichen Zwischen-evaluation die Juniorprofessorinnen oder Juniorprofessoren den Habilitierten gleichgestellt.

§ 25 Fakultätsspezifische Bestimmungen

Die vorliegende Ordnung wird ergänzt um die Bestimmungen für die einzelnen Fakultäten, wie sie in der Anlage aufgeführt sind.

§ 26 Schlussvorschriften

(1) Diese Habilitationsordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in den Amtlichen Mitteilungen der Universität in Kraft.

(2) ¹Zugleich treten die Habilitationsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.04.2000 (Amtliche Mitteilungen Nr. 4, Anlage II), zuletzt geändert durch Beschluss des Senats vom 15.11.2006, (Amtliche Mitteilungen 2/2007 S. 81) und die „Richtlinie für die Verleihung des Titels Außerplanmäßige Professorin bzw. Außerplanmäßiger Professor nach § 24 Abs. 6 NHG“ vom 23.11.1994 außer Kraft. ²Abweichend von Satz 1 gilt auf Antrag für bereits begonnene Habilitationsverfahren die Habilitationsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.04.2000 (Amtliche Mitteilungen Nr. 4, Anlage II), zuletzt geändert durch Beschluss des Senats vom 15.11.2006 (Amtliche Mitteilungen 2/2007 S. 81), längstens jedoch bis zum Ablauf des Sommersemesters 2011.

Anlage 1

Ergänzende Bestimmungen der Fakultäten zur Habilitationsordnung der Georg-August-Universität Göttingen

Theologische Fakultät

zu § 2 Abs. 5:

¹Die Bewerberin oder der Bewerber hat den Nachweis der Mitgliedschaft in einer evangelischen Kirche zu erbringen. ²Die Habilitationskommission kann in Ausnahmefällen mit Zweidrittelmehrheit auch Bewerberinnen oder Bewerber zur Habilitation zulassen, die einer anderen (nicht evangelischen) Kirche oder Konfession, die im Ökumenischen Rat der Kirchen vertreten ist, angehören, wenn dies der Förderung evangelisch-theologischer Forschung, insbesondere in ihren ökumenischen Beziehungen, dient.

zu § 3 Abs. 1:

¹Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 10 weiteren Mitgliedern. ²Bei ihrer Besetzung ist darauf zu achten, dass die einzelnen Disziplinen angemessen vertreten sind.

Juristische Fakultät

zu § 2 Abs. 5:

¹Die Bewerberin oder der Bewerber muss die juristische Ausbildung mit dem Erwerb der Befähigung zum Richteramt im Sinne des Deutschen Richtergesetz abgeschlossen haben. ²Auf Antrag kann die Fakultät in besonderen Fällen, beispielsweise bei rechtshistorischem Schwerpunkt, mit Zustimmung der Habilitationskommission Ausnahmen zulassen.

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 24 weiteren Mitgliedern.

Medizinische Fakultät

zu § 2 Abs. 4 und § 9

¹An der Medizinischen Fakultät wird die Bewerberin oder der Bewerber mit der Eröffnung des Verfahrens zu einer öffentlichen Lehrprobe zugelassen, die die Probevorlesung ersetzt. ²Die Habilitationskommission wählt aus 5 von der Bewerberin oder dem Bewerber vorgeschlagenen Themen ein Thema für die Lehrprobe aus. ³Die Lehrprobe dauert bis zu 45 Minuten. ⁴Näheres hierzu regelt die Richtlinie für das Habilitationsverfahren der Medizinischen Fakultät.

zu § 2 Abs. 5:

¹Die Habilitation in einem Fach der theoretischen Medizin setzt eine Tätigkeit von mindestens drei Jahren in diesem Fach voraus. ²Dies gilt für Mediziner und nichtmedizinische Wissenschaftler. ³Voraussetzung für die Habilitation in einem klinisch-theoretischen oder klinischen Fach, das in der Weiterbildungsordnung für Ärzte oder Zahnärzte vertreten ist, ist die vorherige Anerkennung als Gebietsarzt durch eine Landesärztekammer oder -zahnärztekammer. ⁴In jedem Fall ist eine viersemestrige Lehrtätigkeit für Studierende der Medizin nachzuweisen.

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 15 weiteren Mitgliedern.

zu § 10

Die Lehrprobe kann frühestens nach 2 Monaten wiederholt werden.

Philosophische Fakultät

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 12 weiteren Mitgliedern.

zu § 3 Abs. 2:

Die Zuziehung einer Gutachterin oder eines Gutachters aus einer anderen Fakultät ist dann erforderlich, wenn die vorgelegte schriftliche Habilitationsleistung nach dem Urteil der Kommission interdisziplinär angelegt ist.

Fakultät für Mathematik und Informatik

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 8 weiteren Mitgliedern, von denen eines der Fakultät für Physik angehört.

Fakultät für Physik

zu § 2 Abs. 2:

¹Legt die Bewerberin oder der Bewerber anstelle einer Habilitationsschrift mehrere Veröffentlichungen vor, sollen diese jüngeren Datums sein. ²Die Bewerberin oder der Bewerber soll zusätzlich eine ausführliche wissenschaftliche Zusammenfassung der Arbeiten anfertigen und mit vorlegen; aus dieser muss der eigene Anteil der Autorin oder des Autors hervorgehen, wenn mehrere Autorinnen oder Autoren an eingereichten Arbeiten beteiligt sind. ³Die Habilitationsschrift oder die Veröffentlichungen können auch in englischer Sprache abgefasst sein.

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 8 weiteren Mitgliedern.

zu § 12:

¹Erfolgt die Veröffentlichung der Habilitationsschrift als selbständige Veröffentlichung, so sind die Pflichtexemplaren in der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek abzugeben für den Austausch zwischen den wissenschaftlichen Bibliotheken. ²Im Falle einer

Buchhandelsausgabe genügt die Abgabe von 3 Exemplaren, wenn ein Verleger die Verbreitung über den Buchhandel übernimmt und eine Mindestauflage von 100 Exemplaren nachgewiesen wird.

Fakultät für Chemie

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 11 weiteren Mitgliedern.

zu § 12:

¹Als selbständige Veröffentlichung wird auch eine mit Koautorinnen oder -autoren publizierte Arbeit in einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift gewertet. ²Hierbei kann eine Kennzeichnung als Habilitationsleistung entfallen.

Fakultät für Geowissenschaften und Geographie

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 8 weiteren Mitgliedern.

Biologische Fakultät

zu § 2 Abs. 2:

Werden anstelle einer Habilitationsschrift bisherige Veröffentlichungen und zur Veröffentlichung angenommene Arbeiten eingereicht, so hat die Bewerberin oder der Bewerber diese in einer deutschsprachigen Übersicht zusammenzufassen.

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 8 weiteren Mitgliedern.

Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie

zu § 2 Abs. 1 und 2:

Der Bezug der Forschungstätigkeit der Bewerberin oder des Bewerbers zum Gebiet der Forstwissenschaften wird in der Regel durch einschlägige Veröffentlichungen nachgewiesen.

zu § 2 Abs. 2:

¹Legt die Bewerberin oder der Bewerber anstelle einer Habilitationsschrift bisherige Veröffentlichungen oder zur Veröffentlichung angenommene Arbeiten vor, so sollen diese jüngeren Datums sein. ²Die Arbeiten müssen in einer ausführlichen deutschsprachigen Übersicht zusammengefasst werden, aus der die eigene Leistung der Bewerberin oder des Bewerbers deutlich erkennbar wird.

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 14 weiteren Mitgliedern.

Fakultät für Agrarwissenschaften

zu § 3 Abs. 1:

¹Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 12 weiteren Mitgliedern. ²Bei ihrer Besetzung ist darauf zu achten, dass die einzelnen Disziplinen angemessen vertreten sind.

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

zu § 2 Abs. 2:

¹Legt die Bewerberin oder der Bewerber anstelle einer Habilitationsschrift mehrere Veröffentlichungen vor, sollen diese jüngeren Datums sein. ²Die Bewerberin oder der Bewerber soll zusätzlich eine ausführliche wissenschaftliche Zusammenfassung der Arbeiten anfertigen und mit vorlegen; aus dieser muss der eigne Anteil der Autorin oder des Autors hervorgehen, wenn mehrere Autorinnen oder Autoren an eingereichten Arbeiten beteiligt sind. ³Die Habilitationsschrift oder die Veröffentlichungen können auch in englischer Sprache abgefasst sein.

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 11 weiteren Mitgliedern.

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Zu § 2 Abs. 2:

¹Legt die Bewerberin oder der Bewerber anstelle einer Habilitationsschrift bisherige Veröffentlichungen oder zur Veröffentlichung angenommene Arbeiten vor, soll sie oder er zusätzlich eine ausführliche wissenschaftliche Zusammenfassung der Arbeiten anfertigen, die dem Antrag nach § 3 beigefügt sein muss. ²Aus dieser muss der eigene Anteil der Autorin oder des Autors hervorgehen, wenn mehrere Autorinnen oder Autoren an den bisherigen Veröffentlichungen oder den eingereichten Arbeiten beteiligt sind.

zu § 3 Abs. 1:

Die Habilitationskommission besteht aus der Dekanin oder dem Dekan und 8 weiteren Mitgliedern, von denen 2 anderen Fakultäten angehören sollen.

Anlage 2

Die Georg-August-Universität Göttingen Fakultät NN

stellt

nach ordnungsgemäß durchgeführtem Habilitationsverfahren

unter der Präsidentin/dem Präsidenten
Professorin/Professor Dr. NN

und unter der Dekanin/dem Dekan
Professorin/Professor Dr. NN

fest, dass

Frau/Herr
Dr. NN
aus [Ort]

die

Lehrbefähigung

im wissenschaftlichen Fachgebiet

[Bezeichnung des Fachgebiets]

nachgewiesen hat, und verleiht ihr/ihm für dieses Fachgebiet die

venia legendi

in der Erwartung, dass sie/er ihr/sein Bestes tun wird,
um als akademische Lehrerin/akademischer Lehrer und Forscherin/Forscher der Wissen-
schaft zu dienen und
den akademischen Nachwuchs zu verantwortlichem wissenschaftlichen Handeln zu befähigen.

Göttingen, den TT. Monat JJJJ

Die Präsidentin/Der Präsident

Die Dekanin/Der Dekan

Anlage 3

**The Georg-August-Universität Göttingen
Faculty NN**

following the Habilitation process duly conducted in accordance with the statutes

under the President
Professor Dr. NN

and the Dean
Professor Dr. NN

declares that

Herr / Frau

Dr. NN
from [place]

has delivered proof of her / his

ability to perform professorial teaching

in the academic field of

[designation of field]

and confers upon her / him the

venia legendi

for this field,

in the expectation that she / he will do her / his utmost
to serve science and scholarship as an academic teacher and researcher
and to qualify young scientists for responsible scientific conduct.

Göttingen, DD Month YYYY

signed

The President

signed

The Dean

The correctness and completeness of the translation overleaf of the Habilitation Certificate into the English language is hereby confirmed. The translation may be used solely in combination with the original document.

Göttingen, dd month yyyy

Georg-August-Universität Göttingen

[Name]

[Official seal]

OFFICIAL TRANSLATION

Senat:

Der Senat der Georg-August-Universität Göttingen hat in seiner Sitzung am 16.07.2008 die erste Änderung der Ordnung zur Bestellung zu Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren an der Georg-August-Universität Göttingen in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.07.2005 (Amtliche Mitteilungen 7/2005 S. 426) beschlossen (§§ 35 Abs. 1 Satz 4, 41 Abs. 1 Satz 1 NHG in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.2007 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.09.2007 (Nds. GVBl. S. 444)).

1. § 3 wird wie folgt geändert:

In Absatz 2 Satz 1 werden nach dem Wort „festzulegen“ die Wörter „und muss wenigstens eine SWS betragen“ eingefügt.

2. § 4 wird wie folgt geändert:

Absatz 2 Buchstabe c) wird wie folgt neu gefasst:

„c) aus Gründen, die sie oder er zu vertreten hat, vor Vollendung des 68. Lebensjahres seit mehr als einem Semester keine Lehrtätigkeit im festgelegten Mindestumfang mehr ausgeübt hat oder erklärt, die Lehrtätigkeit im festgelegten Mindestumfang nicht mehr ausüben zu wollen.“

3. Die erste Änderung der Ordnung zur Bestellung zu Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren an der Georg-August-Universität Göttingen tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in den Amtlichen Mitteilungen der Georg-August-Universität Göttingen in Kraft.

Juristische Fakultät:

Nach Beschluss des Fakultätsrats der Juristischen Fakultät vom 04.06.2008 hat das Präsidium am 30.07.2008 die erste Änderung der Ordnung des Instituts für Öffentliches Recht in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.03.2006 (Amtliche Mitteilungen 3/2006 S. 84) genehmigt (§ 44 Abs. 1 Satz 2 NHG in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.2007 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.09.2007 (Nds. GVBl. S. 444); § 44 Abs. 1 Satz 3 NHG).

1. § 1 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

Die Ziffer „3“ wird durch die Ziffer „4“ ersetzt.

2. Die erste Änderung der Ordnung des Instituts für Öffentliches Recht in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.03.2006 (Amtliche Mitteilungen 3/2006 S. 84) tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in den Amtlichen Mitteilungen der Georg-August-Universität Göttingen in Kraft.

3. Zugleich tritt der Beschluss über die Änderung der Gliederung des Instituts für Öffentliches Recht von drei in vier Abteilungen in Kraft.

Universitätsmedizin:

Der Vorstand der Universitätsmedizin Göttingen hat am 19.06.2008 die Auflösung des Zentrums der Schulen für Fachberufe des Gesundheitswesens der Universität Göttingen mit sofortiger Wirkung und Integrierung in den Geschäftsbereich 2 -3 (Aus-, Fort- und Weiterbildung) beschlossen (§ 63 e Abs. 2 Nr. 3 NHG in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.2007 (Nds. GVBl. S. 69), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 13.09.2007 (Nds. GVBl. S. 444)).

Die Benehmensherstellung mit den zu beteiligenden Gremien ist erfolgt.

Biologische Fakultät:

Nach Beschluss des Fakultätsrats der Biologischen Fakultät vom 01.02.2008 hat das Präsidium am 30.07.2008 die Ordnung des Albrecht-von-Haller-Instituts für Pflanzenwissenschaften genehmigt (§ 44 Abs. 1 Satz 2 NHG in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.02.2007 (Nds. GVBl. S. 69), § 16 Abs. 10 Satz 1 und 2 der Grundordnung der Georg-August-Universität Göttingen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.12.2004 (Amtliche Mitteilungen Nr. 13/2004 S. 871); § 44 Abs. 1 Satz 3 NHG).

Ordnung des Albrecht-von-Haller-Instituts für Pflanzenwissenschaften**§ 1 Definition und Aufgaben**

(1) Das Albrecht-von-Haller-Institut für Pflanzenwissenschaften – im folgenden AvH-Institut genannt – ist eine wissenschaftliche Einrichtung der Biologischen Fakultät der Georg-August-Universität gemäß § 16 Abs. 2 GO.

(2) ¹Es hat die Aufgabe, Forschung, Lehre und Prüfungen in den Fächern Biochemie und Botanik mit den Teilbereichen Didaktik der Biologie, Molekularbiologie und Zellbiologie der Pflanze, Palynologie, Pflanzenökologie, Pflanzenphysiologie, Pflanzensystematik und Vegetationsanalyse wahrzunehmen und erbringt Dienstleistungen auf diesen Gebieten auch für andere Fakultäten.

²Der Botanische Garten, das Herbarium und die Sammlung von Algenkulturen haben ferner die Aufgabe der Sicherung, Erschließung, Dokumentation, Präsentation und des weltweiten Versandes botanischer Objekte. ³Mit dem Botanischen Garten wendet sich das Institut außerdem an eine breitere Öffentlichkeit.

§ 2 Gliederung

¹Das AvH-Institut gliedert sich in Abteilungen, die in der Anlage aufgeführt sind. ²Änderungen dieser Anlage erfolgen durch Beschluss des für Errichtung, wesentliche Änderung oder Aufhebung von Abteilungen zuständigen Organs und treten am Tage nach der Veröffentlichung dieses Beschlusses sowie der Anlage in der geänderten Fassung in Kraft.

§ 3 Mitglieder und Angehörige

(1) ¹Mitglieder des Instituts sind:

a) das dem Institut zugeordnete Personal;

b) ein Mitglied aus der Gruppe der Studierenden, das von deren Gruppenvertretern im Fakultätsrat der Biologischen Fakultät auf der Grundlage von Vorschlägen der Studierenden für einen Zeitraum von einem Jahr ernannt wird. ²Benannt werden können diejenigen Studierenden, die der Biologischen Fakultät angehören und in dem entsprechenden Bereich nach den Regelungen der Wahlordnung für die Wahlen zu den Kollegialorganen wahlberechtigt sind;

c) in Zweitmitgliedschaft:

die auf Vorschlag des Instituts und mit Zustimmung der jeweiligen Fakultäten benannten, auf dem Gebiet der in § 1 genannten Bereiche lehrenden und forschenden promovierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Georg-August-Universität Göttingen.

(2) Angehörige des Instituts sind:

a) die auf Beschluss des Instituts aufgenommenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich an der Erfüllung der Aufgaben nach § 1 beteiligen, ohne Mitglied im Sinne des Abs.1 zu sein;

b) die in den Forschungsprojekten des Instituts Tätigen, deren Vorhaben gemäß § 1 dieser Ordnung vom Institut betrieben und koordiniert werden.

(3) ¹Die Aufnahme von Mitgliedern und Angehörigen erfolgt auf Antrag durch Beschluss des Vorstandes. ²Die Regelungen des Absatz 1 bleiben hiervon unberührt.

(4) Die Mitgliedschaft und die Angehörigkeit erlöschen mit Ablauf der Mitarbeit an der Erfüllung der Aufgaben des Instituts.

(5) ¹Der Vorstand kann den Ausschluss eines Mitgliedes oder Angehörigen aus wichtigem Grund beschließen. ²Ein wichtiger Grund liegt in der Regel vor, wenn Aufgaben nach § 1 Abs. 2 oder sonstige Pflichten wiederholt oder in erheblichem Umfang nicht wahrgenommen werden. ³Dem Mitglied oder Angehörigen ist zuvor unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. ⁴Die Entscheidung ist der betroffenen Person schriftlich mitzuteilen und zu begründen.

§ 4 Vorstand, Amtszeiten, Stimmrecht, Wahlen

(1) ¹Die Leitung des Instituts obliegt einem Vorstand. ²Diesem gehören von den Mitgliedern des Instituts nach § 3 Abs. 1 a) und b) an:

a) vier Mitglieder der Hochschullehrergruppe.

³b) je ein Mitglied der Gruppe der Studierenden, der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im technischen und Verwaltungsdienst.

(2) ¹Die Vorstandsmitglieder der Hochschullehrergruppe und der Gruppen nach § 16 Abs. 2 Satz 4 Nr. 2-3 NHG werden aus den Reihen der entsprechenden Gruppen des Instituts gewählt. ²Wahlberechtigt sind alle Mitglieder nach § 3 Abs. 1. ³Auf Antrag von 10% der wahlberechtigten Institutsmitglieder wird der gesamte Vorstand mit einer Mehrheit von Zweidrittel der Wahlberechtigten auf einer dazu einberufenen Versammlung abgewählt, wenn wenigstens die Hälfte der Wahlberechtigten aus der Hochschullehrergruppe für eine Abwahl gestimmt hat.

(3) ¹Die Mitglieder des Vorstands wählen aus der Mitte der Vorstandsmitglieder, die der Hochschullehrergruppe angehören, die geschäftsführende Leitung (Direktorin oder Direktor) und deren Stellvertretung. ²Diese führt im Auftrag des Vorstands die laufenden Geschäfte und vertritt das Institut im Rahmen der durch die Grundordnung bestimmten Befugnisse. ³Die geschäftsführende Leitung führt den Vorsitz im Vorstand, bereitet dessen Beschlüsse vor und führt sie aus. ⁴In dringenden Fällen, in denen eine Entscheidung des Vorstandes nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, trifft die Geschäftsführende Leitung die erforderlichen Maßnahmen selbst; der Vorstand ist unverzüglich von den getroffenen Maßnahmen zu un-

terrichten. ⁵Dieser kann die Maßnahmen aufheben; entstandene Rechte Dritter bleiben unberührt.

(4) ¹Der Vorstand kommt während der Vorlesungszeit in einem Turnus von ca. vier Wochen, aber mindestens einmal im Semester zusammen. ²Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens fünf seiner Mitglieder, darunter wenigstens drei Mitglieder der Hochschullehrergruppe einschließlich der geschäftsführenden Leitung oder deren Stellvertretung anwesend sind. ³Über die Sitzungen des Vorstandes ist ein Protokoll zu fertigen.

(5) ¹Beschlüsse werden grundsätzlich in einer Vorstandssitzung und mit der Mehrheit der auf Ja oder Nein lautenden abgegebenen Stimmen gefasst (einfache Mehrheit). ²Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. ³Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der geschäftsführenden Leitung oder deren Stellvertretung. ⁴Ein Beschluss kommt nicht zustande, wenn mehr als die Hälfte der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder eine ungültige Stimme abgegeben oder sich der Stimme enthalten haben. ⁵Alle Mitglieder des Vorstandes haben das gleiche Stimmrecht.

⁶Abweichend von Satz 1 kann bei Vorliegen eines wichtigen Grundes ein Beschluss auch außerhalb einer Vorstandssitzung im schriftlichen Umlaufverfahren (schriftlich, per Fax, per email) herbeigeführt werden. ⁷Ausgeschlossen hiervon sind Personalangelegenheiten. ⁸Der Beschluss über die Durchführung eines Umlaufverfahrens kann entweder durch die Mehrheit der stimmberechtigten Vorstandsmitglieder in einer Sitzung gefasst oder mit dem Umlaufverfahren verbunden werden. ⁹Die Umlauffrist beträgt mindestens sieben Tage. ¹⁰Mit der Übersendung der Beschlussunterlagen fordert die Geschäftsführende Leiterin oder der Geschäftsführende Leiter die stimmberechtigten Mitglieder des Vorstands auf, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen. ¹¹Der Beschluss ist gefasst, wenn die Mehrheit der Mitglieder ihm innerhalb der Umlauffrist zustimmt. ¹²Im Falle der Verbindung des Beschlusses über die Durchführung eines Umlaufverfahrens mit der Beschlussfassung im Umlaufverfahren kommt der Beschluss nur zustande, wenn innerhalb der Umlauffrist die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder dem Umlaufverfahren zugestimmt hat und von keinem stimmberechtigten Mitglied ein Widerspruch gegen dieses Verfahren innerhalb der Umlauffrist zugegangen ist. ¹³Der Beschlussvorschlag, das Abstimmungsverfahren und das Abstimmungsergebnis sind dann von der geschäftsführenden Leitung in einem Vermerk festzuhalten. ¹⁴Ist der geschäftsführenden Leitung von einem Mitglied ein Widerspruch gegen dieses Verfahren innerhalb der Umlauffrist zugegangen, kann der Beschluss außerhalb der Vorstandssitzung nicht herbeigeführt werden.

(6) Die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer des AvH-Instituts, die nicht dem Vorstand angehören, sowie die Gleichstellungsbeauftragte des AvH-Instituts nehmen an den Sitzungen des Vorstands beratend teil.

(7) ¹Der Vorstand des Instituts ist für alle Angelegenheiten zuständig, soweit sie nicht durch diese Ordnung einem anderen Organ des Instituts übertragen werden. ²Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere:

a) Verantwortung für die Erfüllung der in § 1 beschriebenen Aufgaben;

b) Verantwortung für die sachgerechte und rechtlich korrekte Mittelbewirtschaftung;

c) Entscheidung über Aufnahmeanträge und den Ausschluss von Mitgliedern;

d) Entscheidung über die Aufnahme von Projekten unter Beachtung der Finanzierbarkeit sowie Abstimmung der Durchführung dieser Projekte, wenn Projekte nicht aus der Infrastruktur und den Finanzen der den Projektantrag stellenden Abteilung bestritten werden können;

e) Entscheidung unter Beachtung von Vorgaben aus Berufungs- und Bleibeverhandlungen über die Verwaltung und Nutzung der Ausstattungsgegenstände, insbesondere der Arbeitsräume, Werkstätten, Geräte und Sammlungen;

f) Entscheidung unter Beachtung von Vorgaben aus Berufungs- und Bleibeverhandlungen über die Verwendung von Planstellen, anderen Stellen, Personalmitteln sowie der Sachmittel, die der wissenschaftlichen Einrichtung zugeordnet oder zugewiesen sind, mit Ausnahme des aus Drittmitteln finanzierte Personals; über die Verwendung der Drittmittel entscheidet im Rahmen der Bewilligungen und der aktuellen Budget- und Senatsregeln dasjenige Mitglied des AvH-Instituts, das den Antrag für das Forschungsvorhaben verantwortlich gestellt hat;

g) Verantwortung für die Beachtung der Bestimmungen über Arbeitssicherheit und Umweltschutz, soweit nicht die Zuständigkeit einer anderen Stelle begründet ist;

h) Entscheidung über die Vergabe von Laboreinrichtungen nach § 5.

(8) Der Vorstand kann die Direktorin oder den Direktor durch Beschluss für die Dauer einer Amtsperiode bevollmächtigen, von den Abteilungen vorgeschlagene Anträge auf Durchführung personalrechtlicher Maßnahmen zu unterzeichnen und weiterzuleiten. Hiervon ausge-

nommen sind Anträge zu Stellen, die dem Vorstand des AvH-Instituts unmittelbar zugewiesen sind.

(9) Der Vorstand kann Mitglieder der Universität in Einzelfragen beratend hinzuziehen.

(10) ¹Die Amtszeit der Mitglieder des Vorstandes sowie der geschäftsführenden Leitung beträgt zwei Jahre, die der studentischen Mitglieder ein Jahr. ²Sie beginnt jeweils am 01. April. ³Wiederwahl ist möglich.

§ 5 Verwaltung und Verwendung der Ausstattung

(1) ¹Ein Drittel der Laborflächen, die den Abteilungen und Arbeitsgruppen des Instituts zur Verfügung stehen, sind dem Vorstand als sog. ²Drittmittel-Laborflächen direkt zugeordnet (siehe Anlage). ³Bei Neuberufungen erfolgt diese Zuordnung erst nach einer dreijährigen Aufbauphase. ⁴Die befristete Vergabe der dem Vorstand zugeordneten Drittmittel-Laborflächen erfolgt nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen:

Der Antrag einer Abteilung oder einer Arbeitsgruppe auf Beibehaltung oder Zuweisung einer Drittmittel-Laborfläche ist zu begründen. ⁵Ausschlaggebend ist die Anzahl der von der jeweiligen Abteilung eingeworbenen Drittmittelstellen im Bereich der Grundlagenforschung. ⁶Bei Industrie-Projekten erfolgt eine Bewertung im Einzelfall. ⁷Die Zuordnung erfolgt zeitlich befristet, bei einer Drittmittel-Laborfläche, die grundsätzlich einer anderen Abteilung oder Arbeitsgruppe zugeordnet ist, im Einzelfall für die Dauer eines Jahres.

(2) ¹Die Nutzungsrechte und deren Änderungen an den Versuchsgewächshausflächen und Klimakammern werden durch Vorstandsbeschluss festgelegt, sofern eine Regelung zwischen den Abteilungen und Arbeitsgruppen im Konsens nicht erzielt werden kann. ²Die Regelungen in § 4 Abs. 5 lit. e) bleiben davon unberührt. ³Nutzende der Versuchsgewächshäuser an der Unteren Karspüle 2, dem Justus-v.-Liebig-Weg 11 und dem Nikolausberger Weg 18 sind die Abteilungen Allgemeine und Entwicklungsphysiologie der Pflanze, Biochemie der Pflanze, Experimentelle Phykologie und Sammlung von Algenkulturen sowie Zellbiologie der Pflanze. ⁴Zur Betreuung stehen Gärtnerstellen des Alten Botanischen Gartens zur Verfügung. ⁵Diese Regelung gilt auch für die Abteilung Ökologie und Ökosystemforschung hinsichtlich der Versuchsgewächshäuser an der Grisebachstr. 1. ⁶Hier ist das Personal des Experimentell - Ökologischen Gartens für die Betreuung zuständig.

§ 6 Abteilungen

(1) ¹Die Abteilungen sind für die in § 1 genannten Aufgaben mitverantwortlich. ²Sie vertreten das jeweilige Fachgebiet in Forschung und Lehre. ³Ihnen obliegt die Verwaltung von zugeordneten Finanzmitteln, Personal, Geräten, Räumen und anderer Ausstattung.

(2) ¹Die Abteilungen werden jeweils von der oder dem der Abteilung zugeordneten hauptberuflichen Hochschullehrerin oder Hochschullehrer geleitet, sofern der Abteilung nur eine Professur zugeordnet ist. ²Sind der Abteilung mehrere hauptberufliche Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer zugeordnet, wird die Abteilungsdirektorin oder der Abteilungsdirektor vom Vorstand des Instituts für die Dauer von 2 Jahren gewählt.

§ 7 Inkrafttreten

¹Die Ordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in den Amtlichen Mitteilungen der Georg-August-Universität Göttingen in Kraft. ²Zugleich tritt die Ordnung des Albrecht-von-Haller-Instituts für Pflanzenwissenschaften vom 01.10.1997 (Amtliche Mitteilungen Nr. 10/1997 S. 3) außer Kraft.

Anlage zu § 2 der Institutsordnung des Albrecht-von-Haller-Instituts für Pflanzenwissenschaften

Abteilungen des Albrecht-von-Haller-Instituts für Pflanzenwissenschaften

Allgemeine und Entwicklungsphysiologie der Pflanze

Biochemie der Pflanze

Didaktik der Biologie

Experimentelle Phykologie und Sammlung von Algenkulturen

Ökologie und Ökosystemforschung mit dem Bereich Experimentell - Ökologischer Garten

Palynologie und Klimadynamik

Systematische Botanik und Universitätsherbarium mit dem Bereich Alter Botanischer Garten

Vegetationsanalyse und Phytodiversität

Zellbiologie der Pflanze
